

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l

der 21. Sitzung des Bundesrates vom 17. März 1958

<u>Vorsitz:</u>	Hr. Bundespräsident Dr. Holenstein
<u>Abwesend:</u>	niemand
<u>Schriftführer:</u>	HH. Oser und Weber
<u>Protokolle:</u>	die Protokolle der 16. und 17. Sitzung werden genehmigt
<u>Beginn:</u>	9 Uhr
	<u>Schluss:</u> 13 Uhr 10

Schriftliche Anträge

Politisches Departement

Kleine Anfrage Steinmann vom 30. Januar 1958

Auf Antrag von Herrn Streuli wird beschlossen nach: "..... hielt schon im Sommer nach einer geeigneten Ablagerungsstelle Umschau". den Rest zu streichen und zu ersetzen durch: "Bestimmte Entscheide konnten bisher nicht getroffen werden."

Diplomatentribüne im Nationalratssaal

Auf Antrag von Herrn Etter wird der letzte Satz im Entwurf des Briefes an den Herrn Nationalratspräsidenten gestrichen.

Departement des Innern

Eidg. Kommission für Denkmalpflege. Bestellung

Nach einer längeren Aussprache, die sich hauptsächlich um die Person des Präsidenten, Professor Dr. L. Birchler und seine charakterliche Eigenmächtigkeit dreht, wird beschlossen, das Geschäft an das Departement des Innern zurückzuweisen mit dem Auftrag, einen Vertreter aus dem Kanton Tessin als Kommissionsmitglied vorzuschlagen. Es wird kein Antrag gestellt, auf eine Wahl des Präsidenten nicht einzutreten, dagegen gibt Herr Streuli offensichtlich die allgemeine Stimmung wieder, wenn er Herrn Etter empfiehlt, auf Ende der neuen Amtsdauer an einen Wechsel zu denken.

Finanz- und Zolldepartement

Wiedererwägungsgesuch Emil Schröder betr. Versicherungskasse

In der Aussprache verfechten hauptsächlich die Herren Streuli und Feldmann ihre gegenteiligen Auffassungen. Herr Streuli interpretiert die Erklärung in der Stellungnahme des FZD vom 5. März 1958, dass am Antrag vom 9. Juni 1956 nicht länger festgehalten werde, in dem Sinne, dass er sich durch die übereinstimmenden Anträge von 4 Departementen als überstimmt erachtet habe. Nachdem sich aber erweise, dass einzelne Mitberichte nur die Auffassungen der Rechtsberater der Departementchefs wiedergeben, komme er auf diese Erklärung zurück und stelle nun mündlich in aller Form den Antrag, das Wiedererwägungsgesuch Schröder abzulehnen. Demgegenüber beantragt Herr Feldmann, auf das Wiedererwägungsgesuch einzutreten und es gutzuheissen. Im Hinblick auf die vielen heiklen Rechtsfragen und auf die präjudizielle Wirkung eines formellen gutheissenden Entscheides stimmt der Rat schliesslich einem Vermittlungsantrag Lepori zu, das Finanz- und Zolldepartement zu beauftragen, die Angelegenheit im Wege eines Vergleiches ex aequo et bono zu erledigen zu suchen. Auf Wunsch von Herrn Streuli, soll dabei ein Sachbearbeiter des JPD mitwirken.

Volkswirtschaftsdepartement

Problem der ausländischen Arbeitskräfte

Herr Streuli äussert den Wunsch, man möchte sich im Bericht an verschiedenen Stellen dezidierter und konsequenter äussern. An verschiedenen Orten, so auf S. 10, 18 und 19 wurde die Gefahr überfremdungsmässiger Auswirkungen als nicht besonders beunruhigend dargestellt. Die ganze Grundhaltung des Berichtes sollte mehr in die Richtung gehen, den Kantonen zu sagen, dass sie aufpassen und Vorsicht und Zurückhaltung üben sollen. Was die Frage grösserer Konsequenz betrifft, hält er dafür, dass auf S. 1 bestimmter gesagt werden sollte, dass unter allen Umständen verhindert werden müsse, dass aus dem jetzigen Stand die ange deuteten Folgen entstehen können. Auf S. 20 sollte die Zulassung der Familie für Ausländer mit blosser Aufenthaltsbewilligung deutlich als Ausnahme erklärt werden. Herr Feldmann schlägt vor hier zu sagen "so sprechen doch ausnahmsweise soziale Erwägungen..." während Herr Etter sogar "ganz ausnahmsweise" sagen möchte. Demgegenüber plädiert Herr Lepori für eine weitherzigere Praxis im Sinne der Ausführungen im Bericht. Er teilt aber im übrigen die Auffassung von Herrn Streuli. Bei der Behandlung des Communiqués wird festgestellt, dass dieses in der von Herrn Streuli gewünschten bestimmteren Form abgefasst ist und daher als Vorbild für den Bericht dienen kann. Es wird beschlossen, das Communiqué zu genehmigen und es dem JPD und dem EVD zu überlassen, die Redaktion den in der Diskussion geäusserten Wünschen anzupassen.

Verlängerung der Milchpreisfinanzierung

Herr Holenstein leitet das Geschäft ein mit der Mitteilung, dass die Milchproduktion in fast allen andern OECE-Ländern stärker gestiegen ist als bei uns. Er werde ein Exposé, das er darüber erhalten habe, den Mitgliedern des Rates noch zur Verfügung stellen. Herr Direktor Keller berichte, dass das Komitee der Stellvertreter der Landwirtschaftsminister nach Kenntnisnahme eines Berichtes der Expertengruppe für Milch und Milchprodukte die Abhaltung einer besonderen Tagung beschlossen habe, um Massnahmen zur Verwertung der Milchprodukte in Europa zu studieren.

In der Diskussion erklärt Herr Streuli, nach wie vor gegen eine Verlängerung des BB vom 20. Dezember 1950 zu sein. Der Rat erklärt sich (ohne Präjudiz für seinen endgültigen Entscheid) stillschweigend damit einverstanden, dass das EVD den Bericht vom 14. März 1958 und den Beschlussesentwurf den Kantonsregierungen und den Wirtschaftsverbänden gemäss Art. 32 BV zur Vernehmlassung zustellt.

Kleine Anfrage Bösch vom 28. Januar 1958

Auf Antrag des Herrn Bundespräsidenten wird im letzten Absatz die Ergänzung eingefügt: "unter den heutigen Verhältnissen".

Post- und Eisenbahndepartement

Förderung des fliegerischen Nachwuchses. Botschaft

In der Diskussion erklärt Herr Streuli, dass die Vorlage, nachdem sie auf Art. 37ter der BV abgestützt werden soll und die Form des allgemeinverbindlichen Bundesbeschlusses gewählt wird, akzeptabel geworden sei. In der Hauptfrage, Staatsschule oder subventionierte Swissairschule, sehe er die Gründe für eine Verstaatlichung nicht ein. Die ergänzenden Ausführungen im Mitbericht auf den Seiten 4 und 7 - 9 sollen in die Botschaft eingebaut werden. Der Sprechende ist sich noch nicht ganz darüber klar geworden, warum man mit 2,5 Mio. Franken rechnet, wenn doch die Kosten "Werbung und Selektion" und "Studentenflugkurse" wegfallen. Die Ausbildung der Bordmechaniker sei eine Angelegenheit der Swissair. In der Botschaft sollten schliesslich die Ausdrücke Dispatchers und Navros verdeutscht werden. Mit den Anträgen gemäss Mitbericht des JPD vom 3. März 1958 erklärt sich Herr Streuli einverstanden, insbesondere mit der Streichung des Art. 10, der eine Befristung vorsieht.

Herr Etter gibt dem Wunsche Ausdruck, dass die Luftverkehrsgesellschaften, die an der Schule interessiert sind, zu Beitragsleistungen herangezogen werden. Herr Lepori bestätigt, dass das vorgesehen sei. Herr Chaudet fragt, wie man sich dagegen schützt, dass die ausgebildeten Piloten wirklich der Swissair zugute kommen und nicht zu ausländischen Fluggesellschaften abwandern. Der Herr Bundespräsident fragt sich ebenfalls, warum wohl die Swissair so darauf halte, dass die Schule, an der sie in erster Linie interessiert sei, vom Bunde übernommen werde.

Herr Lepori rekapituliert nochmals die Gründe, die für die Errichtung einer Luftverkehrsschule des Bundes sprechen. Vielleicht könnte ein alle befriedigender Ausweg darin bestehen, wenn der Bund der Swissair einen Auftrag erteilen würde, eine Schule auf Rechnung des Bundes zu betreiben. Man könnte diese Lösung alternativ neben der in Art. 5, Abs. 1 vorgesehenen in Art. 5 einbauen. Herr Streuli erklärt, dass dieser Vorschlag sich in der Richtung seiner Ideen bewege. Neben einer Neuformulierung von Art. 5, sei auch Art. 6 anzupassen. Was die Abwanderung der Piloten betrifft, so kann das **damit** verhindert werden, dass sie Schulgeld bezahlen, das ihnen von der Swissair zurückvergütet wird, wenn sie zu ihr kommen.

Die Differenzen werden wie folgt bereinigt:

1. Auf eine Befristung des BB wird verzichtet und damit Art. 10 gestrichen.
2. Das JPD verzichtet darauf, dass in Art. 6 auch die Abschlussprüfungen geregelt werden sollen.
3. Das PED ist damit einverstanden, dass von einer Beschlussfassung über die Einstellung der Kredite im Voranschlag abzusehen ist.
4. Das EMD erklärt sich damit einverstanden, dass die Form des allgemeinverbindlichen BB gewählt wird.

Offen bleibt noch die Hauptfrage, Bundesschule oder subventionierte Swissairschule bzw. Auftrag an Swissair zum Betrieb einer Schule. Herr Lepori wird beauftragt, dem Rat den Entwurf für die im Sinne der Diskussion neu zu fassenden Art. 5 und 6 vorzulegen.

Aussprache

Sitzungen über die Osterzeit

Es wird beschlossen, die letzte Sitzung vor Ostern auf Dienstag, den 1. April anzusetzen und die erste Sitzung nach Ostern auf Freitag, den 11. April.

Finanz- und Zolldepartement

Finanzielle Rückwirkungen der Beschlüsse der eidg. Räte auf die Bundesfinanzordnung

Nach einer Aussprache über den vertraulichen Antrag des FZD vom 17. März und über die Höhen der Militärausgaben wird ⁱⁿ Änderung des Antrages des FZD beschlossen, von dem vorgelegten Text einer Erklärung zur Frage der künftigen Militärausgaben Kenntnis zu nehmen und das Finanz- und Zolldepartement zu ermächtigen, dem Aktionskomitee für die Bundesfinanzvorlage den Inhalt der Erklärung mündlich bekannt zu geben.

U m f r a g e

Hr. F e l d m a n n

Interpellation Reverdin. Französische Schule in Bern
Herr Feldmann teilt mit, dass er beabsichtige in dieser Angelegenheit nach einem historischen Exkurs das Interesse des Bundesrates an einer Lösung zu bekunden. Es handelt sich um eine der am stärksten unterzeichneten Interpellationen (52 Unterschriften).

Hr. S t r e u l i

Motion Rosset. Investmenttrust
Der Rat ist damit einverstanden, dass Herr Streuli sich bereit erklärt, die Motion entgegenzunehmen.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 20. Sitzung des Bundesrates vom 14. März 1958 wird mit zwei Präzisierungen ("Sir Lionel Lamb" und "Georges Borel") genehmigt.

* * *